

Sachsens Schönheit bewahren

Die natürliche Schönheit Sachsens reicht von den Höhen des Erzgebirges über die Weiten der Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft bis zu den Tiefen der Flusstäler von Elbe und Mulde.

8

Diese und weitere Naturlandschaften machen Sachsen zu einem einzigartigen Schatz, der mit seiner mannigfaltigen Flora und Fauna für zukünftige Generationen zu bewahren ist - dafür setzt sich der BUND Sachsen ein.



„BAUMLOSES SACHSEN? NEIN, DANKE!“

Diese Kampagne rief der BUND Sachsen im Mai 2014 zusammen mit einer bis August laufenden Petition gegen das „Gesetz zur Vereinfachung des Landesumweltrechts“ ins Leben.



Dieses Gesetz – gemeinhin „Baum-ab-Gesetz“ genannt – wurde im September 2010 von der sächsischen Landesregierung verabschiedet und trat noch im gleichen Jahr in Kraft. Mit diesem Gesetz wurde dem willkürlichen Fällen von Bäumen Tür und Tor geöffnet.

- Birken, Pappeln, Weiden und Nadelgehölze, deren Fällung keiner Genehmigung mehr bedarf, werden vermehrt gefällt.
- Baumfällungen werden nicht, nur anteilig oder nicht qualitativ gleichwertig kompensiert, Ersatzpflanzungen nur unzureichend geprüft.
- Den Gemeinden fehlt der Überblick über die Anzahl und Art der gefällten Bäume.
- Es werden auch besonders schützenswerte oder nur vermeintlich kranke Bäume gefällt.
- Bürger können mangels Sachkenntnis nicht nachvollziehen, welche Bäume vereinfacht gefällt werden dürfen oder nicht. Dadurch gibt es einen gestiegenen Beratungsbedarf in den Behörden.
- Die kurze Genehmigungsspanne erhöht den Arbeitsdruck in den Behörden.

Am 26. August 2014 konnte der Landesgeschäftsführer, Dr. David Greve, dem Petitionsausschuss des sächsischen Landtages 5.500 im Rahmen der Petition gesammelte Unterschriften zur Rücknahme des „Baum-ab-Gesetzes“ übergeben. Insgesamt hat der BUND Sachsen inzwischen über 6.000 Unterschriften gegen das Gesetz gesammelt.

Der Landesvorsitzende des BUND Sachsen, Prof. Dr. Felix Ekardt, sagt dazu: „Wir werten die große Zahl der Unterzeichner der Petition als deutliches Votum dafür, dass die Menschen in Sachsen dieses Gesetz ablehnen. Wir erwarten, dass der neue sächsische Landtag die Petition zum Anlass nimmt, das Gesetz zurück zu nehmen.“ Nach den Landtagswahlen ergänzt Ekardt: „Wenn auch das Gesetz bzw. dessen Rücknahme im neuen Koalitionsvertrag keine Berücksichtigung findet, so hat sich doch zumindest die SPD vorab im Rahmen unserer „Wahlprüfsteine“ gegen das „Baum-ab-Gesetz“ ausgesprochen, und wir wissen, dass in weiten Kreisen der CDU das Gesetz zumindest kritisch beäugt wird.“

www.baumloses-sachsen.de

www.bund-sachsen.de/wahlpruefsteine

DIE WILDKATZE

Auf sanften Pfoten schleichen sie durch den Wald, verstecken sich scheu in Baumhöhlen oder zwischen Totholz. Sie leben zurückgezogen, schlafen meist tagsüber und jagen nachts. Nur wenige wissen, dass es sie überhaupt noch gibt und kaum einer bekommt sie je zu Gesicht - die europäischen Wildkatzen (*Felis s. silvestris*).

10



Diesen zurückgezogenen Tieren widmet sich das Projekt „Wildkatzensprung“. Es ist das größte Einzelprojekt in der Geschichte des BUND und ergänzt seit 2012 das „Rettungsnetz Wildkatze“, welches 2014 sein 10-jähriges Jubiläum feierte. Das Projekt „Wildkatzensprung“ wird im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert.

Die größte Gefahr für die Wildkatze geht von der Zerschneidung ihres Lebensraumes, der naturnahen Laub- und Mischwälder, durch Straßen, ausgedehnte Städte und monotone Ackerflächen aus. Die Wildkatze braucht Rettungswege, um diese Gefahrenbereiche umgehen zu können - der BUND bietet ihr ein Rettungs(-wege-)netz! In den vergangenen zehn Jahren wurden bundesweit über 500.000 m² Fläche für den Wildkatzenschutz gesichert und darauf mehr als 40.000 Büsche und Bäume gepflanzt. Durch diese Maßnahmen gelang es dem BUND bis heute 14 Waldverbindungen (sog. Wildkatzen-Waldkorridore) in Thüringen, Sachsen-Anhalt,

Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen anzulegen. In Sachsen laufen die Vorbereitungen.

Prof. Dr. Felix Ekardt, Vorsitzender des BUND Sachsen, ist optimistisch: „Derzeit erarbeiten wir die Planung und Umsetzung von grünen Korridoren. Durch sie soll die Wildkatze aus ihren derzeitigen Lebensräumen im benachbarten Thüringen und Bayern auch bis nach Sachsen wandern und wieder heimisch werden können.“ Zudem unterstützt der BUND Sachsen den Aufbau einer bundesweiten Wildkatzen-Datenbank: sächsische Freiwillige sammeln Haarproben aus dem Vogtland und dem Werdauer Wald und reichen diese zur Analyse ein. Auf diese Weise kann die Gendatenbank kontinuierlich erweitert und aktualisiert werden.

Um das Unterstützernetzwerk zu stärken fand am 8. Oktober die 1. Regionalkonferenz „Wildkatzensprung“ im Umwelt- und Naturschutzzentrum Pfaffengut in Plauen statt.



1. Regionalkonferenz "Wildkatzensprung"

Almut Gaisbauer, BUND Projektkoordinatorin in Sachsen, äußert sich zufrieden über die Veranstaltung ihrer Landesgruppe und lobt den konstruktiven Dialog: „Erstmals ist es gelungen, fast alle maßgeblichen Akteure zum Wildkatzenschutz und Waldverbund in Sachsen und der Grenzregion Thüringen

zusammen zu bringen. Besonderes Interesse wurde für unseren, in Arbeit befindlichen, BUND-Wildkatzenwegeplan für Sachsen gezeigt. Dieser wird im Rahmen des Projekts „Wildkatzensprung“ entwickelt.“ Der Wildkatzenwegeplan soll zukünftig als Planungsgrundlage für Pflanzungen von „grünen Korridoren“ dienen, um die sächsischen Wälder wieder zu verbinden, damit die Wildkatze und viele andere bedrohte Waldarten sich wieder ausbreiten können.



Wildkatze mit Nachwuchs

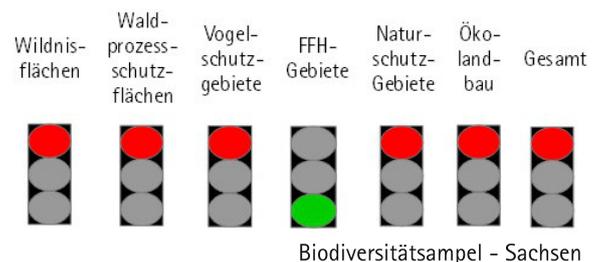
Prof. Dr. Felix Ekardt merkt an: „Die Wildkatze steht, wie kaum ein anderes Tier für den intakten, naturnahen Wald. Ihr Schutz und der Schutz der Artenvielfalt in Deutschland geht Hand in Hand.“

Wer einmal in die Welt der Wildkatzen eintauchen möchte, ist in Plauen herzlich willkommen: Der BUND Sachsen eröffnete in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Pfaffengut Plauen e.V. am 28. September den Erlebnispfad „Wildkatzensprung“. Entlang von sieben Stationen erfährt man Wissenswertes über die Europäische Wildkatze, ihren Lebensraum und die Wiedervernetzung ihrer Lebensräume. Den Wildkatzenkater „Vater“, einen Vertreter dieser scheuen Jäger, kann im Wildkatzengehege hautnah erlebt werden.

www.bund-sachsen.de/themen_und_projekte/artenschutz/rettungsnetz_wildkatze

BIODIVERSITÄTSSCHUTZ: SACHSEN SIEHT ROT

Am 21. März haben der BUND und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) die bundesweite Biodiversitätsampel für 2014 vorgestellt. Diese gemeinsame Studie beurteilt die Entwicklung bestimmter Schutzgebiete, Wildnisflächen, des Waldschutzes und des Ökolandbaus in Hinblick auf die gemeinsamen Zielsetzungen von Bund und Ländern aus der 2007 beschlossenen Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS). Die Ampelfarben grün (positiv), gelb (neutral) und rot (negativ) markieren, wie sich die einzelnen Bundesländer in Bezug auf die letzte vergleichbare Studie (2012) und in Bezug auf das Jahr 2020, das Zieljahr der NBS, entwickelt haben.



In Sachsen steht die Ampel auf Rot. „Der Freistaat Sachsen reiht sich hier munter unter den Rotsündern ein“, konstatiert Prof. Dr. Felix Ekardt, Landesvorsitzender des BUND Sachsen. „Lediglich bei der Ausweisung von Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Gebieten und der Ausarbeitung entsprechender Managementpläne gäbe es grünes Licht.“ Der BUND fordert deutlich mehr Einsatz, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen, und kritisiert, dass bislang nicht annähernd erkennbar ist, dass diese Ziele erreicht werden – fünf Jahre vor Ablauf der selbst gesetzten Frist von Bund und Ländern.

www.bund-sachsen.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlvsachsen/PDFs/Pressemitteilungen/140321_PM-Biodiversitaetsampel.pdf



WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT!

Für gutes Essen und zukunftsfähige Landwirtschaft!

www.wir-haben-es-satt.de/sachsen

„WIR HABEN ES SATT!“

Bereits im Januar 2014 haben sich mit Zügen und Bussen angereiste Mitglieder des BUND Sachsen bei der gemeinsamen „Wir haben es satt!“-Demonstration in Berlin für eine bundesweite Agrarwende ausgesprochen. Im Mai 2014 ist der BUND Sachsen deshalb Gründungsmitglied des sächsischen Agrar- und Verbraucherbündnisses „Meine Landwirtschaft Sachsen“ geworden – einem Bündnis bestehend aus Natur- und Umweltschutzverbänden, sozialen Initiativen sowie Landwirtschafts- und Verbraucherverbänden.

Um den eigenen Forderungen und denen des Bündnisses Ausdruck zu verleihen, hat der BUND Sachsen federführend die erste sächsische Agrargroßdemonstration unter dem Motto „Wir haben Agrarindustrie satt!“ am 5. Juli organisiert. Anlässlich der Demonstration hat der BUND Sachsen sieben zentrale Forderungen zur sächsischen Landwirtschaft formuliert:



1. Premium- statt Basisförderung bei Investitionen in Tierhaltungsanlagen (fehlt im Freistaat Sachsen anders als in anderen Bundesländern).
2. Einsatz von Fördergeldern in der Landwirtschaft nur in Verbindung mit Verpflichtung zu weitreichenden Umweltschutzmaßnahmen.
3. Stärkere Förderung des Ökolandbaus. Ziel: 2020 sollten mindestens 20 % aller Betriebe Ökolandbaubetriebe sein.
4. Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie: jeder vierte Grundwasserkörper in Sachsen ist mit Nitrat aus konventioneller Landwirtschaft belastet und insgesamt 47 % der Grundwasservorkommen sind in einem schlechten chemischen Zustand.
5. Sachsen soll gentechnikfrei bleiben.
6. Billigfleischproduktion mit Ländererlassen wie in NRW und Niedersachsen mit Auflagen versehen, um Anwohner, Umwelt und Verbraucher zu schützen.
7. Verteuerung der Landnutzung schrittweise über Grundsteuer und andere ökonomische Mechanismen, auch um die Ernährungsgewohnheiten schrittweise in Richtung reduzierter tierischer Anteile zu lenken – nur so sind Welternährung, Phosphorkreisläufe, Klima und Biodiversität wirksam zu schützen.

Rund 3.000 Menschen haben diesen und weiteren Forderungen durch ihre Unterstützung bei der friedlichen Demonstration in Dresden Ausdruck verliehen:



www.wir-haben-es-satt.de/sachsen

HOCHWASSERSCHUTZ IN SACHSEN

Nach 2002 hat Sachsen im Juni 2013 erneut ein schweres Hochwasser erlebt. Tagelanger Regen hat weite Teile des Freistaates unter Wasser gesetzt, viele Orte mussten evakuiert und Deiche errichtet werden.

13



Hochwasser (2013) in Dresden

Der BUND Sachsen plädiert für einen naturnahen Hochwasserschutz und hat im Juni 2013 seine Forderungen in den Medien erneut nachdrücklich vertreten. In mehreren Pressemitteilungen setzt sich der Verein dafür ein, dass den Flüssen mehr Raum gegeben wird und in den Flussauen auch weiterhin Auengehölzbestände ihren Platz haben. Zudem soll die Öffentlichkeit weiterhin qualifiziert an Planungen zum Hochwasserschutz beteiligt werden sowie eine naturnahe, ingenieurbiologische Bauweisen zum Einsatz kommen.

Diese Positionierung fand überregionales Interesse mit Beiträgen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und den ZDF Tagesthemen. Im zweiten Halbjahr 2013 und in 2014 hat der BUND Sachsen diesen Forderungen in Stellungnahmen zu Planungsverfahren Nachdruck verliehen. Und auch 2015 verliert der BUND Sachsen den Hochwasserschutz nicht aus den Augen.

NOCHTEN II

05. März 2014: Das Innenministerium in Dresden genehmigt die Erweiterung des Braunkohletagebaus in Nochten. Die Rede ist von „Nochten II“. Prof. Dr. Felix Ekardt, Landesvorsitzender des BUND Sachsen, kritisiert diese Entscheidung: „Statt den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, bleibt Sachsen rückwärtsgewandt und setzt weiterhin auf fossile Energieträger. Diese behindern die erneuerbaren Energien und sind keinesfalls Brückentechnologie.“

Doch warum unterstützt der Freistaat immer noch den Abbau von Braunkohle? Als endliche Ressource, welche bei ihrer Verstromung im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern besonders viel Kohlenstoffdioxid freisetzt, fördert Braunkohle die Klimaerwärmung. Mit dem Braunkohleabbau geht neben der Landschaftszerstörung auch die Verschmutzung und Übernutzung von anderen natürlichen Ressourcen (z.B. Trinkwasser) einher. Zudem bleibt die Frage hinsichtlich der Nachnutzung solcher Tagebaulöcher oftmals lange ungeklärt und das soziale Drama der für den Abbau Umgesiedelten nur wenig beachtet.

Der BUND Sachsen setzt sich für einen unverzüglichen schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle ein. Diese Haltung wurde mit der einstimmigen Zustimmung zum Leitantrag zur Landesdelegiertenversammlung 2014 unterstrichen. Der Leitantrag geht über die Ablehnung der Braunkohle hinaus, da auch eindeutige Alternativen aufgezeigt werden, die sich unter anderem in im Juni erschienenen „Energie- und Klimakonzept für Sachsen“ wiederfinden. „Wir senden hiermit ein klares Signal an die sächsische Landespolitik ihre Politik zur Braunkohle zu überdenken“, so Ekardt.

Ein ähnlich starkes Zeichen stellt die gemeinschaftliche Klage gegen den durch Vattenfall, ein schwedisches Energieunternehmen, geplanten Tagebau von einem Betroffenen aus Rhone sowie den Umweltverbänden BUND Sachsen, Greenpeace und dem Bündnis "Strukturwandel jetzt - Kein Nochten II" dar.



Pressekonferenz am 20. August 2014. V.l.n.r.: Ursula Eichendorff (Strukturwandel jetzt), Dr. Roda Verheyen (Rechtsanwältin des Klägers), Dr. David Greve (BUND Sachsen), Prof. Dr. Felix Ekardt (BUND Sachsen), Anike Peters (Greenpeace)

Der schwedische Staatskonzern selbst zeigt sich in den letzten Monaten des Jahres 2014 wankelmütig. So ist im Oktober von einem möglichen Rückzug aus den sächsischen Braunkohlegeschäften die Rede, um das Unternehmen zu einem Vorzeigebetrieb für erneuerbare Energieerzeugung umzubauen - eine Vorstellung, die hierzulande offenbar bei führenden Politikern für Verwirrung sorgt (wie sonst erklärt sich der plötzliche Reisewunsch nach Schweden von Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD)). Dennoch: der Freistaat, mit Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) an der Spitze, bleibt pro-Braunkohle eingestellt. Ein offener Brief, den der BUND Sachsen am 21. Oktober an die beiden Koalitionsführer schrieb und sie aufforderte den möglichen Ausstieg Vattenfalls aus der Braunkohleverstromung als Chance und nicht als Gefahr aufzufassen, scheint

ungelesen: der nur zwei Tage später veröffentlichte sächsische Koalitionsvertrag bekräftigt das Festhalten an der Braunkohle. Ein beliebtes Argument für das Festhalten an der Braunkohle stellt die Sicherung der Arbeitsplätze dar. „Gerade erst sind Sachsens und Brandenburgs Politiker nach Schweden geeilt, um 30.000 Arbeitsplätze in der Lausitz zu retten. Die Antwort auf eine aktuelle kleine Anfrage im sächsischen Landtag zeigt dagegen, dass Vattenfall in Sachsen nur 2.932 Mitarbeiter hat - und zwar spartenübergreifend und nicht nur im Braunkohlegeschäft“, hält Ekardt dagegen. Auch Studien für die Bundesregierung zeigten, dass erneuerbare Energien und Energieeffizienz langfristig insgesamt mehr Arbeitsplätze als die fossilen Brennstoffe schaffen. Ein Umdenken wird notwendig und ebenso vom Landesvorsitzenden des BUND Sachsen gefordert: „Ich frage mich, wann die sächsische Regierung begreift, dass die im aktuellen Quartalsbericht von Vattenfall ausgewiesenen Verluste im Braunkohlegeschäft ein Zeichen für das Ende der Ära Braunkohle und den Beginn einer neuen Ära sind - der Ära der erneuerbaren Energien.“ Doch dieses politische Umdenken fällt schwer. So bezeichnete Wirtschaftsminister Dulig bei seiner ersten Landtagsrede im neuen Amt die Braunkohle als einen Partner der Energiewende, denn eine Energiewende mit doppeltem Ausstieg (Anm.: Braunkohle- & Atomenergie), könne es nicht geben. Doch niemand fordert den sofortigen Braunkohleausstieg. Stattdessen sollte ein schrittweiser Ausstieg in den nächsten 10 bis 20 Jahren angestrebt werden - denn den kann es problemlos geben. Dass Dulig in seiner Antrittsrede die Zukunft bei 100% erneuerbarer Energie gesehen hat, begrüßt der BUND und plädiert dafür, ab 2015 gemeinsam einen neuen Weg einzuschlagen.

GRUMBACH WILL KEINEN ATOMSCHUTT

Die Grumbacher sind sauer: 700 Tonnen „freigemessener“ Atombauschutt aus dem seit 2003 stillgelegten Atomkraftwerk Stade (Niedersachsen) sollen auf der konventionellen Mülldeponie in Grumbach eingelagert werden.

Auch der BUND Sachsen ist skeptisch und zweifelt an derartigen Freimessungen. Diese Zweifel wurden im Oktober 2013 durch eine Studie des Institutes intac offiziell angemeldet. Prof. Dr. Felix Ekardt, Landesvorsitzender des BUND Sachsen, äußert sich kritisch zum geplanten Vorhaben in Grumbach: „Wenn radioaktiv strahlender Müll eingelagert wird, so muss das auch bei freigemessenen Müll nach den höchsten Sicherheitsstandards erfolgen. Freimessen stellt für uns keine adäquate Atomrestmüllentsorgung dar.“

Zwar bestätigen öffentliche Messungen die Unbedenklichkeit des Betonschotters (laut Freier Presse entsprach der in Grumbach gemessene Wert einem Jahreswert von zehn Mikrosievert, wobei die natürliche Strahlenbelastung gemäß Bundesumweltministerium in Deutschland rund 2100 Mikrosievert pro Jahr beträgt), doch die Bürger Grumbachs sind nicht überzeugt. So demonstrierten am 13. September etwa 1.500 Menschen vor der Grumbacher Kirche gegen die Ablagerung und für eine vernünftige sowie sachgerechte Endlagerung des Atomschutts.

Die Gefahr bei der Deponierung von Atomschutt auf konventionellen Mülldeponien besteht aufgrund der unkalkulierbaren Risiken, beispielsweise durch radioaktive Verseuchung, wenn sich die Schutzfolie auflöst und verstrahltes Wasser in das Grundwasser sickert. Der BUND Sachsen bemüht sich auch 2015 intensiv um Sachaufklärung.

SCHNEIDENBACH: KEIN PLATZ FÜR SONDERMÜLL

März 2012: Seit dem Antrag der Firma Glitzner zur Kapazitätserweiterung des Sondermüll-zwischenlagers (von 90t auf 300t) zur Lagerung gefährlicher Abfälle und der damit einhergehenden Deponiesanierung herrscht in Schneidenbach (Vogtland) dicke Luft.

Der BUND Sachsen fordert für dieses Verfahren im Februar 2014 die eigene Beteiligung als anerkannte Umweltvereinigung und die der Öffentlichkeit. Doch mit dieser Forderung stieß der Verein bei der Landesdirektion Sachsen auf taube Ohren: Für eine Beteiligung der Öffentlichkeit sehe man keinen Spielraum. Stattdessen wurde der Antrag der Firma Glitzner genehmigt (August 2014).

Die aktuelle Situation in Schneidenbach ist kritisch. Man spricht von mangelnder Vorbildwirkung („Transparenz, Vorbildwirkung – so etwas ist von öffentlichen Unternehmen zu erwarten.“), einer fragwürdigen Vorgangsweise („Eine Betrachtung in Gesamtheit fehlt.“), unzureichender Aufsicht („Der nötige Kontroll-druck fehlt.“) und dürftiger Messtechnik („Umweltgifte werden nicht richtig aus-gemessen.“).

Trotz der vorliegenden Genehmigung steht der Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Sondermüll-zwischenlagers noch nicht fest. Diese wird erst nach der Erfüllung der Auflagen der sächsischen Landesdirektion durch die Betreiberfirma Glitzner gestattet. In erster Linie bedeutet das die Entwässerung des oberhalb Schneidenbachs liegenden Firmen-geländes, als auch die Verbesserung der maroden Zufahrtsstraße. Erst dann kann die Deponiesanierung in Angriff genommen werden. Doch genau diese Zufahrtsstraße ist

nun zum Streitpunkt geworden, denn sie führt mitten durch den Ort. Alternativrouten scheint es nicht zu geben. „Wir haben vier Varianten untersucht. Doch nur eine funktioniert: über die Kreisstraße an Glitzner vorbei“, so der verantwortliche Dezernent des Landratsamtes, Lars Beck. Sein Versprechen, dass der Transport von über 800 LKW-Ladungen Baumaterial nicht durch den Ort geschehe, kann er damit nicht mehr halten. In diesem Zusammenhang macht der BUND Sachsen noch einmal auf die (schon zuvor vorgeschlagene) Transportroute ab Schönbrunn unter der Autobahn hindurch aufmerksam: auf diesem Weg wird Schneidenbach geschont und die neue Zufahrtsstraße könne später als Forst- und Landwirtschaftsweg genutzt werden. Doch das Ordnungs- und Bauamt bleibt stur: ein enormer Bauaufwand der mit entsprechend hohen Kosten verbunden sei, sowie die Annahme der erneuten Ablehnung einiger Eigentümer über deren Privatgrundstücke sich diese Alternativroute erstrecken würde, sprechen dagegen. Manja Tröger vom BUND Sachsen ist empört: „Woher will das die Behörde wissen, ohne die Besitzer überhaupt gefragt zu haben?“

Es bleibt ein Ziehen und Zerren. Zwar ist der Baustart für das erste Quartal 2015 (und die Fertigstellung Ende 2016) geplant, doch so lange sich Proteste gegen weitere Sondermülllagerungen regen und die Auflagen, besonders hinsichtlich der Instandsetzung beziehungsweise Neuanlegung der Zufahrts-straße, nicht erfüllt werden, liegt die Sanierung der Deponie weiter aus Eis.

Schneidenbach bleibt auch 2015 im Fokus des BUND Sachsen und seiner Regionalgruppe.

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN 2015: SACHSEN SETZT AUF NEUE STRASSEN

... aber nicht auf neue Wege. Die sächsische Landesregierung sieht keinen Grund weniger Straßenbauprojekte zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP) anzumelden oder bereits angemeldete Projekte zu überdenken – trotz des bundesweiten Sanierungsstaus für bestehende Straßen und der erforderlichen Milliardeninvestitionen für neue Projekte. Insgesamt wurden 78 Straßenbauprojekte angemeldet, davon 14 völlig neue im Vergleich zum BVWP 2003. Prof. Dr. Felix Ekardt, Landesvorsitzender des BUND Sachsen, drückt seine Besorgnis über die Planungen aus: „Derzeit fehlen im Haushalt bereits Milliarden Euro, um die vorhandenen Straßen zu erhalten. Neue Straßen sind nicht nur unbezahlbar, sondern auch fatal für Natur- und Klimaschutz. Der Individualverkehr muss reduziert und nicht ausgebaut werden.“ Zudem sei „... die Zerschneidung von Natur- und Naherholungsräumen wie z.B. bei der geplanten Ortsumgehung von Freiberg billigend in Kauf genommen worden, obwohl das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) bei den Planungen ausdrücklich auch die Begrenzung der Inanspruchnahme von Natur und Landschaft fordert.“



Alexander Weiß
Bundesfreiwilligen-
dienstleistender
u.a. verantwortlich
für den Landesarbeits-
kreis Mobilität

Am 14. Februar hat der BUND Bundesverband in Berlin eine Studie zum BVWP 2015 vorgestellt, die vergleicht, wie viele Projekte die Länder angemeldet haben, wie realistisch die Planungen sind, ob eine Finanzierung möglich ist, die Öffentlichkeit miteinbezogen wurde, Alternativen geprüft und die Vorgaben des BMVI bezüglich Natur und Umwelt beachtet wurden. Sachsen liegt mit seinen Vorstellungen (wie Hessen und Thüringen) am Ende der Liste. Besonders kritisch sind aus der Sicht des BUND vor allem die enorme Anzahl der Projekte und im Bezug darauf die fehlende Aufnahme von BUND-Alternativen. Hinzu kommen eine mangelhafte Einbeziehung der Öffentlichkeit und fehlende Prioritätenliste.

Der BUND Sachsen fordert den Freistaat auf, Verkehrsentwicklung nicht ausschließlich als Straßenneubau zu begreifen, sondern verkehrsträgerübergreifende Konzepte zu entwickeln, den ÖPNV und im Nahbereich von Siedlungen auch den Rad- und Pedelecverkehr zu stärken. Denn ein nachhaltiges Verkehrskonzept für die Zukunft ist an Verkehrsvermeidung und der Verknüpfung der umweltverträglichen Verkehre orientiert. Ekardt merkt mahnd an: „Neue Straßen sind der Sanierungsfall von morgen. Auch Lärmgeschädigte und Klimaschäden sowie eine schwindende Biodiversität sind nicht nur für die Menschheit fatal, sondern auch äußerst kostenintensiv. Investitionen in den ÖPNV dagegen rechnen sich mehrfach: Sie sind auf lange Sicht kostengünstiger, sozialer und in puncto Umweltschäden und Ressourcenverbrauch günstiger.“ Für diesen Perspektivenwechsel wird sich der BUND Sachsen auch 2015 stark machen!

www.bund-sachsen.de/themen_und_projekte/verkehr

ANWALT VON UMWELT UND NATUR

Mit fast 100 Stellungnahmen im Jahr 2014 steht fest: der BUND Sachsen mischt sich ein.



Schützenswerte Natur

„Die Beteiligung an Planungs- und Genehmigungsverfahren ist satzungsgemäß Aufgabe des BUND Sachsen. Als anerkannte Umwelt- und Naturschutzvereinigung hat er das Recht, sich zu Planungen zu äußern, soweit diese mit einer Inanspruchnahme von Natur und Landschaft verbunden sind oder in sonstiger Art und Weise Umweltbelange berühren können“, erklärt Franziska Heß, Rechtsanwältin und stellvertretende Vorsitzende des BUND Sachsen.

Auch Anwohner können sich an Verfahren beteiligen – allerdings nicht uneingeschränkt an allen. So haben Anwohner zwar das Recht, an Planungsfeststellungsverfahren für Straßen, Schienen- und Wasserwegen oder an immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren (zum Beispiel für Stahlwerke, Anlagen der Massentierhaltung, Abfalllager, etc.) mitzuwirken, können aber keine Belange geltend machen, die über ihre eigene Rechts-sphäre hinausgehen. „Geht es um Belange des Natur- und Artenschutzes (also Schutz von FFH- oder Vogelschutzgebieten oder von einzelnen Tierarten), können diese nur von

einer anerkannten Naturschutzvereinigung geltend gemacht werden. Leider geht Umwelt- und Naturschutz nach unserer Rechtsordnung nicht alle an“, so Heß. „Der BUND Sachsen aber ist Anwalt der Natur und gibt als solcher der zuständigen Genehmigungs- oder Planungsbehörde Hinweise, wie der Schutz dieser Güter in einer konkreten Planung gewährleistet werden kann. Was dabei in den Stellungnahmen des BUND Sachsen konkret vorgebracht wird, ist im Einzelfall von der Schutzwürdigkeit der Umweltbelange (z.B. schon bebautes Gebiet oder unberührte Natur, Art der betroffenen Tierarten, etc.) und der Beeinträchtigungsqualität des Vorhabens abhängig und kann dementsprechend von einer vollumfänglichen Ablehnung des Vorhabens über Kritik an einzelnen Maßnahmen, Forderungen nach zusätzlichen Auflagen bis hin zur Zustimmung zum Vorhaben reichen.“

www.bund-sachsen.de/themen_und_projekte/umweltrecht

www.bund-sachsen.de/media/stellungnahmen/lv_stellungnahmen



Stellungnahme vom 22.01.2015

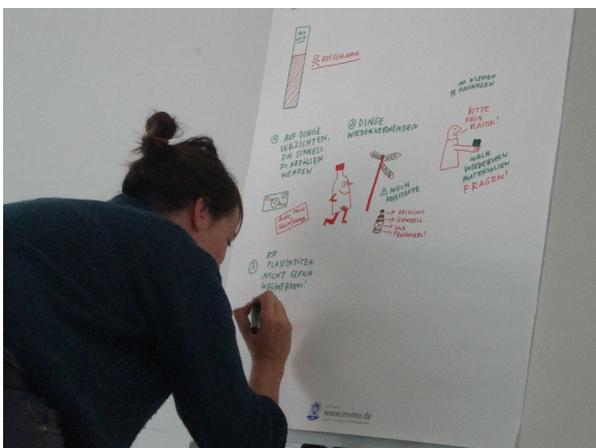
DEGROWTH-KONFERENZ

Vom 2. bis 6. September fand in Leipzig die 4. Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in Leipzig statt - der BUND Sachsen war mit vielen Aktionen dabei!

„Degrowth“ kann im Deutschen mit Begriffen, wie „Postwachstum“ übersetzt werden. Kern der Postwachstums- oder „Degrowth“-Bewegung ist die gemeinsame Überzeugung: eine auf Wachstum basierende Gesellschaft hat keine Zukunft. Trotz technologischer Lösungsversuche für ein „Grünes Wachstum“ steigen Ungleichheit und Umweltverbrauch weltweit weiter an.

Die Degrowth-Konferenz, dieses Jahr mit fast 3.000 Teilnehmern, erarbeitet konkrete Schritte für eine Gesellschaft jenseits von Wachstumswängen und bietet Raum für wissenschaftliche Debatten, den Austausch sowie künstlerische Ansätze zum Thema.

BUND und BUNDjugend waren mit Workshops, Vorträgen und mit einem eigenen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten und haben ein Büchertauschregal eingerichtet sowie mit Graphic Recording die Inhalte der Vorträge visuell eingefangen.



Graphic Recording

TTIP = TROJANISCHES PFERD

Der BUND Sachsen protestierte am 6. November vor der Dresdner Frauenkirche gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA. Ein gigantisches, aufgeblasenes Trojanisches Pferd mahnte an all die unkalkulierbaren, versteckten Gefahren, die das Abkommen für die US- und EU-Bürger birgt.



Das trojanische Pferd auf dem Dresdner Neumarkt

TTIP ist ein Abkommen mit weitreichenden Folgen für fast jeden Lebensbereich der EU-Bürger – und es wird dennoch weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit intransparent und undemokratisch verhandelt. Der BUND und andere Verbände sehen das Abkommen ausgesprochen kritisch: Sie warnen vor einer Aufweichung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und einer Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien zugunsten multinational agierender Unternehmen.

Prof. Dr. Felix Ekardt, Landesvorsitzender des BUND Sachsen sagt dazu: „Das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP ist eine zentrale Gefahr. Deshalb protestieren wir jetzt gegen TTIP – ehe es zu spät ist.“